



Reden

3.12.2008

Thema: Kennzeichenscanning

Florian Streibl (FW): (vom Redner nicht autorisiert)

Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! In der Bundesrepublik Deutschland sind circa 780.000 Fahrzeuge zur Fahndung ausgeschrieben. Im Schengen-Raum sind es ungefähr zwei Millionen Fahrzeuge. Wir haben gerade gehört, dass es eine statistische Auswertung für Bayern nicht gibt. Ich kann nur mit ein paar Zahlen aus Hessen aufwarten, wo bekanntermaßen die brutalst möglichen Aufklärer leben, die es in unserer Republik gibt.
(Beifall bei den Freien Wählern)

In Hessen gab es ungefähr 700 Einsätze beim Kennzeichenscanning. Bei diesen 700 Einsätzen gab es 600 Treffer. Interessant ist dabei, dass der Großteil dieser Treffer, nämlich 400, auf Fahrzeuge entfiel, die nicht versichert waren. Von daher weiß ich nicht, ob diese Maßnahme so notwendig ist. Insgesamt kam es zu 30 Festnahmen von Straftätern. Hier muss ich schon fragen, ob diese Maßnahme so erfolgreich ist. In Bayern gibt es ungefähr 25 Lesegeräte. Bei der Scanning von 10.000 Fahrzeugen gibt es drei Treffer. Grundsätzlich ist das Gesetz, wie es jetzt ist - nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts -, in Ordnung.

Allerdings haben wir auch Bedenken und ein bisschen Magenschmerzen, weil es hier um ein Masseinstrument geht, das einer gewissen Überwachungsinfrastruktur Vorschub leistet. In der Debatte zu diesem Thema in diesem Hause wurde gesagt, dass dieses Instrument ungefähr das Gleiche wäre wie wenn ein Polizist im Fahrzeug auf der Autobahn ein verdächtiges Fahrzeug sieht und dann das Kennzeichen überprüfen lässt. Ich sehe einen qualitativen Unterschied darin, wenn dies von einer Maschine getan wird. Im ersten Fall habe ich einen Polizeibeamten, der sein spezifisches Wissen, seine Erfahrung und seine Intuition hat, nach der er beurteilen kann, ob ein Fahrzeug verdächtig ist und überwacht oder überprüft werden muss. Im zweiten Fall habe ich eine Maschine, die ausnahmslos jedes Fahrzeug, das an ihr vorbeifährt, überprüft, ob es in der Fahndungsliste steht. Somit wird jeder, der an diesem Gerät vorbeifährt, erst einmal unter einen Generalverdacht gestellt. Dann wird ausgesiebt, ob sich dieser Verdacht bestätigt oder nicht. Diese Vorstellung ist für mich persönlich unerträglich. Ich ziehe den Polizeibeamten, der auf seine Erfahrung Gewicht legt, vor. Deshalb plädiere ich dafür, mehr Polizeibeamte auf der Straße einzusetzen, um dadurch die innere Sicherheit zu gewährleisten. Wir sollten nicht zusätzliche Maschinen anschaffen, die die Arbeit der Polizei erledigen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meine Damen und Herren, die wahre staatliche Kraft liegt in der Mäßigung und in der Schaffung von Freiräumen, nicht in der Begrenzung von Freiräumen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die innere Sicherheit eines Staates wird nicht durch Maschinen, sondern durch die Menschen, die in diesem Staat leben, geschaffen.

(Beifall bei den Freien Wählern und den GRÜNEN)